

Peking und Tokio streiten über Feindstaaten-Klausel in der UN-Charta

China hat die japanische Premierministerin Sanae Takaichi vor einer militärischen Intervention im Taiwan-Konflikt gewarnt.

24. November 2025

Japan hat China dafür kritisiert, dass es sich auf eine Klausel der UN-Charta beruft, die Maßnahmen gegen ehemalige Achsenmächte ohne Zustimmung des Sicherheitsrats erlaubt, und darauf bestanden, dass diese Bestimmung veraltet und irrelevant sei.

Die neue Regierung unter Premierministerin Sanae Takaichi ist in eine eskalierende diplomatische Auseinandersetzung mit Peking verwickelt, die mit ihren Äußerungen zu Beginn dieses Monats begann, in denen sie die Selbstverwaltung Taiwans unterstützte. Die chinesische Seite interpretierte ihre Bemerkung, dass ein Konflikt zwischen China und Taiwan eine „Existenzbedrohung“ für Japan darstellen würde, als Hinweis auf eine mögliche militärische Beteiligung Japans und als Beweis für einen wiederauflebenden Militarismus.

Letzte Woche veröffentlichte die chinesische Botschaft in Tokio einen Auszug aus der UN-Charta, in dem von „Feindstaaten“ die Rede ist – also von Nationen, die gegen die ursprünglichen Unterzeichnerstaaten, die Alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs, gekämpft haben. Artikel 53 erlaubt regionale Durchsetzungsmaßnahmen gegen solche Staaten im Falle einer „Wiederaufnahme der aggressiven Politik“, ohne dass zuvor die Genehmigung des UN-Sicherheitsrats eingeholt werden muss.

Peking legte daraufhin bei der UNO eine offizielle Beschwerde über die Äußerungen von Takaichi ein. Die Botschaft forderte Japan „als besiegte Nation im Zweiten Weltkrieg“ auf, „über seine historischen Verbrechen nachzudenken“ und seinen Kurs in der Taiwan-Frage zu ändern.

Das japanische Außenministerium wies dieses Argument zurück und warf China vor, „veraltete Klauseln“ falsch zu interpretieren, die seiner Meinung nach nicht mehr mit der Praxis der Vereinten Nationen vereinbar sind. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen empfahl zwar 1995, die Verweise auf „Feindstaaten“ zu streichen, doch wurde der formelle Änderungsprozess nie abgeschlossen.

Der japanische Verteidigungsminister Shinjiro Koizumi besuchte am Wochenende einen Militärstützpunkt auf Yonaguni, einer Insel etwa 110 km östlich von Taiwan. Er bekräftigte die Pläne, dort Mittelstrecken-Boden-Luft-Raketen als Teil einer umfassenderen Aufrüstung der südlichen Inselkette Japans zu stationieren.

Russland hat auch noch offene Fragen mit Japan, mit dem es nach wie vor keinen formellen Friedensvertrag geschlossen hat. Tokio beharrt weiterhin auf seinem Anspruch auf die vier südlichsten Kurilen-Inseln, die in Japan als „nördliche Territorien“ bekannt sind. Diese wurden nach dem Zweiten Weltkrieg Teil der UdSSR und sind nach wie vor ein langjähriger Brennpunkt für japanische Nationalisten.